An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Informationskampagne zum Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum, eingereicht von Gemeinderat N. Galladé (SP)

Antrag:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Informationskampagne zum Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bericht:

Am 22. Januar 2007 reichte Gemeinderat Nicolas Galladé namens der SP-Fraktion mit 34 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern das folgende Postulat ein, welches vom Grossen Gemeinderat am 25. Juni 2007 überwiesen wurde:

„Der Stadtrat wird eingeladen, eine Informationskampagne zu lancieren, die zum Ziel hat, die Zivilcourage zu fördern und der Bevölkerung Empfehlungen über das Verhalten bei gewalttätigen Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum abgibt.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass Gewalt in den meisten Fällen in den eigenen vier Wänden stattfindet. Dennoch ist die Bevölkerung auch verunsichert über Gewalt im öffentlichen Raum, zwischen Einzelpersonen oder auch rivalisierenden Gruppen von Jugendlichen. Einer breiten Öffentlichkeit ist das richtige Verhalten in Situationen, in denen Gewalt im öffentlichen Raum ausgeübt wird oder zu eskalieren droht, unklar. Das mag mit ein Grund sein, dass in zahlreichen Fällen Passantinnen und Passanten brenzlige Situationen ignorieren und damit vor Gewalt im öffentlichen Raum kapitulieren. Auf der anderen Seite besteht aus Unkenntnis vor dem ratsamen Verhalten in derartigen Fällen ein Risiko, dass couragierte Personen, die an erwähnte Situationen heranlaufen und schlichten wollen, sich selber in Gefahr bringen.

Aus diesem Grund scheint es prüfenswert, dass zum einen – sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch gegenüber potentiellen GewalttäterInnen – ein klares Zeichen gesetzt und die Bevölkerung zur Zivilcourage ermuntert und aufgerufen wird. Zum anderen soll die Bevölkerung informiert werden, wie sie sich in solchen Situationen sachgemäss verhält und wie und wohin sie sich wenden muss, damit allfällige Gewalttaten verhindert werden können, ohne dass Unbeteiligte gefährdet werden.“

Der Stadtrat äussert sich dazu wie folgt:

A. Allgemeines

Rund ein Viertel der Straftaten, die in der polizeilichen Kriminalstatistik des Kantons Zürich aus dem Jahr 2006 erfasst sind, sind der so genannten Strassenkriminalität zuzurechnen. Darunter fallen Delikte wie Belästigungen, Tätlichkeiten bis hin zu Körperverletzung, Sachbeschädigungen, Strassenraub, Drohung und Nötigung. Zahlreiche dieser Delikte ereignen sich nicht im Verborgenen, sondern im öffentlichen Raum, direkt vor den Augen anderer Personen und könnten mit deren Hilfe verhindert oder zumindest später durch die Polizei aufgeklärt werden.

Es kann niemandem gleichgültig sein, wenn Personen belästigt oder gar geschlagen, Verkehrssignale, Parkbänke oder Kinderspielplätze beschädigt oder Gebäude und öffentliche Verkehrsmittel besprayt und verunstaltet werden. Denn durch Gleichgültigkeit wird der Ansehen von gesellschaftlicher Akzeptanz erweckt und damit die Entstehung von Kriminalität, Gewalt und Verwahrlosung geradezu begünstigt. Das Gefühl von Sicherheit zählt jedoch zu den existenziellen Grundbedürfnissen des Menschen und ist damit ein zentraler Bestandteil unserer Lebensqualität. Zwar ist es in erster Linie eine staatliche Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und der Begehung von Straftaten im öffentlichen Raum vorzubeugen; die Furcht, auf offener Strasse Opfer einer kriminellen Handlung zu werden, wird vom Stadtrat denn auch sehr ernst genommen. Um den verschiedenen Erscheinungsformen der Strassenkriminalität noch wirksamer zu begegnen, hat die Stadtpolizei in den letzten Jahren ihre sichtbare Präsenz auf Strassen und Plätzen zusätzlich erhöht; gleichwohl kann sie aber – nur schon aufgrund ihrer beschränkten personellen Ressourcen – nicht allgegenwärtig sein. Viele Straftaten lassen sich deshalb erst mit Unterstützung der Bevölkerung verhindern oder aufklären.

Häufig wissen die Bürgerinnen und Bürger allerdings nicht, wie sie bei Konfliktsituationen im öffentlichen Raum wirkungsvoll eingreifen können, ohne sich dabei selbst in Gefahr zu bringen. Es gibt dafür auch kein Patentrezept; vielmehr muss sich das Verhalten nach den Gesamtumständen des jeweiligen Einzelfalls richten. Gefragt ist aber keinesfalls Heldentum, sondern umsichtige Zivilcourage; oftmals genügen schon zurückhaltende Verhaltensweisen, um im konkreten Fall Wirkung zu erzielen, wie beispielsweise unverzüglich die Notrufnummer 117 zu wählen und die Polizei zu verständigen, andere Personen bei der Konflikt-schlichtung um Unterstützung zu bitten oder sich im Hinblick auf ein nachfolgendes Strafverfahren Tätermerkmale genau einzuprägen. Über die Landesgrenzen hinaus propagieren die Polizeikorps die nachstehenden sechs Verhaltensregeln, die sich in der Praxis bewährt haben und grundsätzlich für alle Personen geeignet sind:

1. Ich helfe, aber ohne mich selber in Gefahr zu bringen.

Alle Personen können im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, dass eine Straftat, die sie beobachten, vereitelt oder in ihren negativen Wirkungen gemildert wird. Manchmal hilft schon ein lautes Wort oder eine kleine Geste, um die Täterschaft einzuschüchtern und von ihrem Vorhaben abzubringen. Wichtig ist in jedem Fall eine umsichtige Reaktion: Niemand erwartet, dass zur Verhinderung einer Straftat die eigene Gesundheit aufs Spiel gesetzt wird; es gibt Situationen, in denen die Täterinnen oder Täter offensichtlich physisch stärker und zu jeder Art von Gewalt bereit sind. Wegsehen oder weglaufen ist aber keine Lösung; besser ist es, bei anderen Passantinnen und Passanten Unterstützung zu suchen und umgehend die Polizei zu verständigen. Sofern es die Umstände zulassen, kann es auch angezeigt sein, sich zwischen Täter/in und Opfer zu stellen und Hilfe anzubieten. Nicht tatenlos zusehen, sondern Eingreifen ist gefragt; es soll klar werden, dass Gewalt keine Privatangelegenheit ist. Dabei sollte die Täterschaft aber keinesfalls "geduzt" werden; andernfalls könnten umstehende Passantinnen und Passanten einen rein persönlichen Konflikt vermuten. Zu vermeiden ist auch, die Täterschaft zu provozieren oder sich selber provozieren zu lassen.

2. Ich fordere andere aktiv und direkt zur Mithilfe auf.

Häufig geschehen Straftaten gegenüber Mitmenschen am helllichten Tag und in aller Öffentlichkeit, mitten in der Fussgängerzone, beim Einkaufen oder in einem belebten Bus oder Zug. Menschen werden bestohlen, beraubt, bedroht oder gar zusammengeschlagen. Viele haben es gesehen, doch die meisten wenden sich einfach ab. Es entspricht einer Erfahrungstatsache, dass bei Anwesenheit mehrerer Personen am Unglücks- oder Tatort die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass Hilfe geleistet wird. Aus psychologischer Sicht werden mehrere Gründe für dieses Verhalten angeführt: So machen die Anwesenden die Ernsthaftigkeit der Notsituation teils von der Reaktion der anderen Zuschauer/innen abhängig: "Wenn die anderen nicht helfen, dann wird es wohl auch nichts zu helfen geben." Möglich ist auch, dass die erste in Erwägung gezogene Reaktion, nämlich zu helfen, verworfen wird aus Angst vor einem Misserfolg. Vorsichtshalber passt man sich dann lieber der Zurückhaltung der anderen an, um nicht aufzufallen, oder die Verantwortung wird jeweils den anderen zugeschoben, mit dem Effekt, dass niemand hilft. Hier gilt es anzusetzen: Wird eine Straftat beobachtet, soll nicht darauf gewartet werden, dass "schon irgendjemand irgendetwas unternehmen" wird. Angezeigt ist vielmehr eine sofortige Reaktion nötigenfalls als Erste(r) – zugleich sind andere gezielt auf die Straftat aufmerksam zu machen. Einer direkten Ansprache kann sich in der Regel niemand entziehen: "Sie, der Herr im Polo-Hemd, helfen Sie mir." Der Appell muss sich laut und deutlich an die umstehenden Personen richten: "Sie, die Dame mit dem Hut: Holen Sie die Polizei." Ereignet sich die Straftat in öffentlichen Verkehrsmitteln, besteht die Möglichkeit sich an das Fahrpersonal zu wenden. Ein Auftritt als starke Gemeinschaft, die keine Gewaltausübung duldet, sorgt für ein zivilisiertes Zusammenleben und ein friedliches Miteinander.

3. Ich beobachte genau und präge mir Tätermerkmale ein.

Jedes wahrgenommene Detail ist für die spätere Täterbeschreibung bedeutsam. Wie gross ist der Täter oder die Täterin? Welche Haarfarbe hat er oder sie? Wie war er oder sie bekleidet? Mit welcher Automarke ist er oder sie entkommen? Verbrechen geschehen nicht selten in Bruchteilen von Sekunden: Die Täterinnen oder Täter schlagen zu und machen sich blitzschnell aus dem Staub, ohne dass ein direktes Eingreifen möglich ist. Trotzdem ist die Hilfe der Umstehenden sehr wichtig: sie haben die Szene beobachtet, wissen, in welche Richtung die Täterinnen oder Täter entkommen sind und haben Auffälligkeiten wahrgenommen. Oft sind es vermeintliche Nebensächlichkeiten, die am Ende den Ausschlag geben, dass ein Verbrechen aufgeklärt und die Täterschaft überführt werden kann. Dabei benötigt die Polizei die Unterstützung der Personen, die das Geschehen beobachtet haben: Ohne deren genaue Beschreibung kommen die Ermittlungen meistens nicht voran. Die Polizei ist deshalb darauf angewiesen, dass ihr alles Wahrgenommene möglichst detailliert gemeldet wird. Möglicherweise kann dem Täter oder der Täterin in sicherem Abstand gefolgt werden, ohne den Anschein zu erwecken, ihn oder sie zu verfolgen.

4. Ich organisiere Hilfe – Notruf 117.

Die Polizei ist zwar viel unterwegs, sie kann aber, wie eingangs gesagt, nicht überall gleichzeitig sein. Nach einer Straftat ist indessen jede Sekunde wichtig. Je schneller die Polizei informiert wird, desto besser können die Täter oder Täterinnen ermittelt werden. Gerade in der heutigen Zeit mit ihren modernen Kommunikationsmitteln ist eine rasche Verständigung sehr gut möglich: Ein Handy dient nicht nur für private Gespräche – es kann auch helfen, Verbrechen aufzuklären. Der Polizei-Notruf 117 ist schnell gewählt. In einer Telefonzelle ist er zudem kostenlos. Beim Anruf kommt es darauf an, dass der Polizei das Geschehen in wenigen Worten, aber dennoch möglichst präzise geschildert wird. Selbst Vermutungen, die freilich als solche zu bezeichnen sind, können oft helfen, bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit einen Schritt weiter zu kommen.

5. *Ich kümmere mich um das Opfer.*

Erste Hilfe ist immer die beste Hilfe. Unter Umständen muss ein Opfer sofort versorgt werden, denn oft kann jede Sekunde über Leben und Tod entscheiden. Nicht alle trauen sich zu, Erste Hilfe zu leisten, aber alle können dem Opfer beistehen. Die Erfahrung von Notärzten zeigt, dass verletzte Opfer schon dadurch stabilisiert werden können, wenn sie bis zum Eintreffen professioneller Helfer/innen seelischen Beistand bekommen. Als Helferin oder Helfer sollte man deshalb mit dem Opfer sprechen, es nach Möglichkeit trösten. Dazu gehört auch, das Opfer zu fragen, wie man ihm behilflich sein kann.

6. *Ich stelle mich als Zeugin oder Zeuge zur Verfügung.*

Viele Täterinnen und Täter kommen ungestraft davon, weil sich Zeuginnen oder Zeugen nicht bei der Polizei melden – sei es aus Angst, Zeitmangel oder einfach aus Bequemlichkeit. Verbrecherinnen und Verbrecher werden dadurch geradezu ermuntert, ihre Straftaten fortzusetzen. Um derartigen Auswüchsen wirksam entgegenzutreten zu können, ist die Polizei auf Hilfe angewiesen; ohne eine genaue Beschreibung des Geschehens und der Täterschaft durch Zeuginnen oder Zeugen ist deren Überführung nur sehr schwer möglich. Jede Person kann einmal in die Situation kommen, dass sie auf die beherzte Unterstützung von Helfern/innen und Zeugen/innen angewiesen ist. Deshalb richtet sich der Appell an die Bevölkerung, mit ihrer Aussage dazu beizutragen, dass Straftaten aufgeklärt werden können. Denn nur mit ihrer Hilfe ist es der Polizei möglich, dem gemeinsamen Anliegen eines noch friedlicheren und respektvolleren Zusammenlebens ein weiteres Stück näher zu kommen. Stehen Zeuginnen oder Zeugen im fraglichen Augenblick gerade unter Zeitdruck, sollten sie dennoch am Ort des Geschehens für wichtige Nachfragen mindestens ihren Namen hinterlassen.

B. Kriminalpräventive Jugend- und Öffentlichkeitsarbeit

1. Als vorbeugende Massnahme gegen die Entstehung von Strassenkriminalität ist zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit unentbehrlich. Über verschiedene Informationskanäle müssen Opfer erreicht und Einwohnerinnen und Einwohner für die Erscheinungsformen von Strassenkriminalität und die verschiedenen Möglichkeiten ihrer Bekämpfung sensibilisiert werden. Kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit soll in diesem Sinn gezielt und umfassend aufklären, informieren und motivieren. Die Stadtpolizei verfügt in diesen Belangen bereits heute über ein breites Beratungs- und Informationsangebot, das nicht nur die Verbreitung der sechs dargelegten Verhaltensregeln zum Gegenstand hat, sondern eine Vielzahl weiterer präventiver Massnahmen umfasst. Aus der jüngeren Vergangenheit beispielhaft zu erwähnen sind:

- *Massnahmen zur Verhinderung von Jugendgewalt:* Damit die Gewaltkriminalität durch Jugendliche noch wirkungsvoller bekämpft werden kann, wurde der polizeiliche Jugenddienst um sieben Stellen erhöht. Ferner wurde jedem Schulkreis ein eigener Jugenddienstmitarbeiter oder eine eigene Jugenddienstmitarbeiterin als Ansprechperson für jugendspezifische Problemstellungen zugeteilt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugenddienstes der Stadtpolizei informieren sowohl im Rahmen des ordentlichen Schulunterrichts als auch anlässlich von speziellen Informationsveranstaltungen über verschiedene Aspekte rund um das Thema Gewalt. Dabei geht es beispielsweise um Fragen, wie gewaltträchtige Situationen entstehen, wie solche Situationen ohne Selbstgefährdung beruhigt werden können oder wie man sich als Opfer oder Zeuge bzw. Zeugin von Gewaltereignissen richtig verhält. Insbesondere zu Themen wie Gewaltdarstellungen auf dem Handy (das so genannte "Stupid Slapping") sowie Spielzeugwaffen, so genannte "Softair-Guns", führte die Stadtpolizei in den letzten Jahren themenspezifische Informations- und Schulungskampagnen durch.

- *Verhaltensempfehlungen an Seniorinnen und Senioren:* Im Jahr 2006 hat die Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit dem Altersforum Winterthur einen Jahreskalender für Seniorinnen und Senioren herausgegeben, welcher Verhaltensempfehlungen gegenüber strafbaren Handlungen enthält, die sich besonders häufig gegen ältere Menschen richten.
- *Verhaltensempfehlungen der Polizei an die Bevölkerung auf der Strasse:* Die Stadtpolizei informiert die Bevölkerung fortlaufend über das richtige Verhalten im Umgang mit Gewalt oder über andere polizeirelevante Themen im Rahmen ihrer Patrouillentätigkeit. Eine wichtige Rolle als Ansprechstelle für Sicherheitsanliegen aus der Bevölkerung nimmt im Speziellen die Quartierpolizei ein. Deren durch Bevölkerungsnähe geprägte Tätigkeit im Bereich der Information, des Gesprächs, der Förderung nachbarschaftlicher Kontakte, der Konfliktschlichtung und Problemlösung im Alltag bildet einen immer wichtigeren Schwerpunkt in der präventiven Polizeiarbeit.
- *Abgabe und Verbreitung von polizeilichem Informationsmaterial:* Die Stadtpolizei verfügt über ein breites Angebot an Informationsmaterial zu den Themen Gewalt und Gewaltprävention, welches am Schalter der Stadtpolizei aufliegt und interessierten Personen unentgeltlich abgegeben wird.
- *Jugendeinrichtungen und Suchtprävention:* Auch die Angebote der Suchtprävention oder die finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit können mithelfen, Gewalt zu verhindern. So tragen namentlich Programme wie jump/jumpina oder verschiedene andere Angebote der Suchtprävention ("Grasklar", "Freelok" etc.) in einem weiteren Sinn ebenfalls dazu bei, die Gewalt im öffentlichen Raum zu vermindern. Das heisst, wenn die Suchtprävention mit Jugendlichen an ihrem Risikokonsum bzw. Suchtverhalten arbeitet, kann dadurch auch deren Hemmschwelle für Gewalt wieder steigen. Ausserdem finanziert die Stadt diverse Jugendeinrichtungen, welche Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bieten. Dies kann ebenfalls der Zielsetzung dienen, Gewalt zu verhindern. Zudem können Jugendarbeiter wichtige Ansprech- und Bezugspersonen für Jugendliche sein, die Opfer von Gewalt geworden sind.

2. Mit dem Postulanten ist auch der Stadtrat klar der Meinung, dass Zivilcourage und Engagement für die Opfer von Strassenkriminalität das Anliegen aller Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sein müssen, damit Winterthur auch in Zukunft ein sicherer Arbeits- und Wohnort mit hoher Lebensqualität bleibt. Die Stadtpolizei wird deshalb im kommenden Jahr zu diesem Themenkreis eine Schwerpunktaktion durchführen. Sie orientiert sich dabei am Vorbild der Städte Bern, Zürich, St. Gallen und Solothurn, die mit einem neuartigen Präventionsprojekt, den so genannten "StattGewalt-Rundgängen", gute Erfahrungen gemacht haben. Das fragliche Projekt wird seit 2005 von der Organisation National Coalition Building Institute (NCBI) in Zusammenarbeit mit der Forumtheatergruppe "Konfliktüre" angeboten und ist in den Städten, in welchen es durchgeführt worden ist, durchgängig auf ein sehr positives Echo gestossen. Primäres Ziel der "StattGewalt-Rundgänge" ist es, die Zivilcourage der Bevölkerung zu fördern. Auf Rundgängen durch die Stadt werden die Teilnehmenden realitätsnah mit Gewalt und Vandalismus konfrontiert. Die betreffenden Szenen sind von Schauspielerinnen und Schauspielern nachgestellt und können deshalb auch mehrmals durchgespielt und von den Projektteilnehmenden unmittelbar mitverfolgt werden. Dabei können die Teilnehmenden konkret ausprobieren, wie sie als Passantin oder Passant eingreifen könnten, um eine konflikträchtige Situation konstruktiv und sicher zu beruhigen, und wie die Schauspieler/innen auf dieses Verhalten reagieren. Dank diesen Veranstaltungen werden die Teilnehmenden gestärkt und ermutigt, bei Gewalt im öffentlichen Raum aktiv zu werden und in geeigneter Form deeskalierend Einfluss zu nehmen. Neben dem Erlebnis, in ein Theaterspiel eingreifen zu können, profitiert das Publikum von fachkompetenten Ratschlägen, wie man sich in heiklen Situationen am besten verhält. Dabei wird den Teilnehmenden stets auch deutlich vor Augen geführt, dass Zivilcourage zwar grundsätzlich sinnvoll ist, Hilfe holen aber

häufig nützlicher sein kann; ein kopfloses Eingreifen dient niemandem, wenn dadurch die Situation erst eskaliert.

An einem solchen Rundgang können je 30 Personen teilnehmen; er dauert 90 Minuten und behandelt drei verschiedene Gewaltszenarien. Die Teilnahme soll für die Winterthurer Bevölkerung kostenlos sein.

3. Neben der öffentlichen Hand bieten sodann zahlreiche private Firmen und Organisationen im Sicherheitsbereich verschiedene Produkte und Dienstleistungen wie Alarmanlagen, Reizstoffsprays oder Selbstverteidigungskurse an, die zu einem besseren Schutz gegen Gewalt beitragen können. Stellvertretend für viele sei hier die "Sicherheits Arena" in Winterthur erwähnt. Dieses nicht gewinnorientierte Unternehmen bezweckt, sich mit einer breiten Dienstleistungspalette für die Sicherheit von Privaten, Unternehmen und der Öffentlichkeit zu engagieren, indem es Ausbildungen in Sicherheitsbelangen organisiert oder seine Infrastruktur und Anlagen zu Schulungszwecken zur Verfügung stellt.

4. Zusammenfassend ist der Stadtrat davon überzeugt, dass mit dem bereits bestehenden und zusätzlich geplanten Informations- und Beratungsangebot der Stadt einerseits und den verschiedenen Dienstleistungen privater Organisationen im Bereich Gewaltprävention andererseits dem Anliegen zur Förderung von mehr gegenseitiger Unterstützung und Zivilcourage in Gewaltsituationen einstweilen hinreichend Rechnung getragen ist. Die städtischen Behörden – allen voran die Stadtpolizei – werden aber die weitere Entwicklung der Strassengewalt in Winterthur sorgsam im Auge behalten und ihr diesbezügliches Dienstleistungsangebot im kriminalpräventiven Bereich kontinuierlich der jeweiligen Bedarfssituation anpassen.

Andererseits ist sich der Stadtrat aber auch bewusst, dass dem Problem der Strassenkriminalität mit kommunikativen Massnahmen allein nicht beizukommen ist. Denn wie gemeinhin bekannt, sind die Ursachen für die Entstehung von Gewalt in der Regel sehr vielschichtig verflochten und liegen zu einem erheblichen Teil auch in tiefer gelegenen gesellschaftlichen Gegebenheiten begründet. Deshalb muss zur Bewältigung dieses Phänomens von einem umfassenden Ansatz ausgegangen werden, welcher auf staatlicher Ebene neben einer langfristigen und ursachenorientierten Präventionsarbeit auch konsequentes repressives Wirken mit einschliesst. Letztlich stellt die Bekämpfung von öffentlicher Gewalt und Kriminalität aber eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar, zu welcher ebenso sehr wie die staatlichen Behörden auch jede einzelne Einwohnerinnen und jeder einzelne Einwohner aufgerufen ist; alle können individuell im Familien- oder Freundeskreis, im Rahmen von Vereinstätigkeiten, am Arbeitsplatz – oder eben durch couragierte Einflussnahme bei Konfliktsituationen im öffentlichen Raum – zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beitragen, die der Entstehung von Strassenkriminalität nachhaltig entgegenwirken.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder